

– Sekundarstufe I und II –

Der Schulleiter

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/666**

A15

Konrad-Adenauer-Ring 30
41747 Viersen

Telefon: 0 21 62 / 1 20 86

Telefax: 0 21 62 / 35 91 50

www.evr-viersen.de

E-Mail: schulleitung@evr-viersen.de

Viersen, den 7. August 2023

Landtag NRW, Drucksache 18/4131

Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion „Jetzt umsteuern und Weichen stellen für einen zeitgemäßen, attraktiven Arbeitsplatz Schule“

Sehr geehrte Damen und Herren,

„umsteuern und Weichen stellen“ – wer wollte da widersprechen? Zu offensichtlich liegen die Defizite und Desiderata auf der Hand. Zu marginal ist immer noch die Bedeutung der Bildung im großen Feld von Politik und Gesellschaft. Immer noch bestimmen ideologische Maßgaben die von den Parteien dominierte Bildungspolitik; besser und von immensem Wert für unsere Kinder wären hohe Fachlichkeit und die Übernahme von Verantwortung. Ich frage erneut: Wer kann spontan eine/n Schul- oder Bildungsminister/in nennen, der / die auf Grundlage seiner / ihrer wegweisenden Entscheidungen bundesweit Ansehen, Bedeutung oder zumindest Aufmerksamkeit genießt? Wo ist der Lauterbach der Bildungspolitik? Wo sind die entscheidenden Schritte hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit? Immer noch sind schulischer Erfolg und sozialer Aufstieg viel zu stark von Elternhaus und Herkunft, vom Zufall der Geburt abhängig. Es brauchte keine Corona-Pandemie, um das erneut unter Beweis zu stellen.

Wir müssen „Weichen stellen für einen zeitgemäßen, attraktiven Arbeitsplatz Schule“: Auch hier wird niemand ernsthaft die Sinnhaftigkeit dieser Forderung in Frage stellen. Es braucht eine echte Bildungsoffensive: Investitionen in Bildung sind immer zugleich nachhaltige Investitionen in die Zukunft. Jede Überlegung, die wir in Bildung investieren, wird sich später positiv auswirken – auf den jeweiligen Bildungsstandort, auf den gewählten Schwerpunkt, auf unsere Kinder. Insofern ist es wichtig und richtig, wenn Bildung und Erziehung ins Zentrum unseres und des öffentlichen Interesses gerückt werden. Auch insofern ist die Zielsetzung des vorliegenden Antrags mehr als zu begrüßen.

Und dieses Umsteuern braucht es „jetzt“ – auch hier sind wir uns einig: Immer noch bleiben selbst an den vermeintlich besser bezahlten Schulformen Mangelfächer un- oder unterbesetzt, weil die Lockungen der Privatwirtschaft mit höheren Verdienst- und Karrieremöglichkeiten zu groß sind, als dass Absolventen den Weg in das Lehramt als attraktive Alternative betrachten könnten. Immer noch heißt es: Wer das unfassbar schwierige Studium der Mathematik schafft, ist auf dem Arbeitsmarkt ein derart begehrter Leuchtturm, dass er auf beiden Augen blind sein müsste, würde er dem Ruf des Öffentlichen Dienstes folgen. Immer noch beschreiben wir hier ein Phänomen, das sich nur mit Hilfe eines grundsätzlichen Umsteuerns, eines gesamtgesellschaftlichen Gewaltakts und eben auch mit zusätzlichen finanziellen Mitteln – Investitionen im oben beschriebenen Sinne – lösen ließe.

Der Beschreibung der Ausgangslage im Antrag der FDP-Landtagsfraktion entnehmen wir alarmierende Zahlen, die deutlich unterstreichen: Alle Schulen und Schulformen sind multiplen Belastungen ausge-

setzt. Aus der Praxis will ich dies deutlich bestätigen. Schule übernimmt seit Jahren zunehmend Aufgaben der Gesellschaft, die diese selbst nicht mehr zu erfüllen im Stande ist. Konsumerziehung, Medien-erziehung, Freizeiterziehung, Gesundheitserziehung sind nur einige Beispiele dafür und Bereiche, in denen wir große Anstrengungen unternehmen. Doch Schule kapituliert nicht, sondern übernimmt diese und stellt sich diesen Aufgaben – und das in Zeiten, in denen immer weniger Personal dafür zur Verfügung steht. Wenn Schule aber mit immer mehr Aufgaben betraut wird, ohne an anderer Stelle Entlastung zu erfahren, leidet das Ansehen des Berufs, wird die Überforderungsfalle immer größer. Wenn dann immer mehr Menschen diese Überforderung verspüren, nehmen Kündigungen zu, wird die Rekrutierung von Nachwuchs erschwert. Die Verfasser des Antrags ziehen daraus den Schluss, es fehle „offenbar an Personalmanagement oberhalb der Schulleitungsebene“. Dem muss ich für das Gymnasialkapitel deutlich widersprechen: Hier erlebe ich seit Jahren einen sehr dezidierten Blick der schulfachlichen Aufsicht auf die Verhältnisse vor Ort, einen sehr intensiven Austausch mit der Schulleitungsebene, das gemeinsame Ergreifen sehr sinnvoller Maßnahmen zur Eindämmung von Personalproblemen.

Dies gilt – anders als der FDP-Antrag glauben machen will – auch für die Ebene des Ministeriums: Die Ministerin hört aufmerksam zu, schaut aber eben notwendiger- und richtigerweise auch genau hin. Die im Antrag angesprochene „Einschränkung von Teilzeit“ ist eben keine bloße Einschränkung, sondern eine sinnvolle Überprüfung einer Art tradierten Gewohnheitsrechts, das es Lehrkräften ermöglicht, je nach Gusto in diesem Jahr weniger, in jenem Jahr mehr Unterricht zu erteilen, Teilzeitkontingente zu erhöhen oder zu verringern. Dass dies einer Lehrkraft aus familienpolitischen Gründen unbedingt ermöglicht werden muss, ist unstrittig. Die Möglichkeit der voraussetzungslosen Teilzeit kritisch zu hinterfragen, sie nicht ungeprüft durchzuwinken, sondern wenigstens den Versuch zu unternehmen, auf diesem Weg mehr Stunden ins System zu bekommen, erscheint allerdings folgerichtig. Die Praxis zeigt: In vielen Fällen gelingt der Versuch, weil Lehrerinnen und Lehrer bereit sind, ihren persönlichen Beitrag zu leisten. Und in den Fällen, in denen die Betroffenen die Aufstockung nicht wünschen, werden umfangreiche Anhörungen durchgeführt, gute Gründe bei der Entscheidung berücksichtigt, der Eindruck der Schulleitung mit in die Waagschale genommen, niemand mit der Brechstange zur Erhöhung des Deputats gezwungen, voraussetzungslose Teilzeiten eben auch genehmigt. Gerade die Freien Demokraten, die ihre Nähe zur Wirtschaft gerne besonders betonen, dürfen bei ihrer Argumentation nicht vergessen, dass wir Unternehmen, in denen Veränderungen am eigenen Teilzeitmodell je nach familiärer oder pekuniärer Situation, jährlich wechselnd, mit allen daraus resultierenden Schwierigkeiten für die konkrete Unternehmensorganisation vor Ort derart flexibel vorgenommen werden können, außerhalb des Öffentlichen Dienstes wie die Stecknadel im Heuhaufen suchen müssen. Vergessen wir nicht, dass – bei allen unbestrittenen Herausforderungen und allem nötigen Verbesserungsbedarf – gerade hier für Lehrerinnen und Lehrer eine Luxussituation besteht, die an dieser Stelle immerhin dazu beiträgt, dem Beruf Attraktivität zu verleihen.

Ähnliches gilt für das große Feld der Abordnungen, die im Antrag als „Abordnungen ohne Einverständnis der Lehrkräfte“ deklariert werden: Bei allen mir bekannten Vorgängen ist das Gegenteil der Fall, gibt es freiwillige Meldungen, die von den Behörden vorrangig bearbeitet werden, werden die Betroffenen ausführlich zu dieser Überlegung gehört, werden sinnvolle, teilweise sogar kreative Wege gewählt, um Belastungen zu minimieren und gerecht zu verteilen. In den mir bekannten Fällen sind sowohl bei Teilzeitaufstockungen als auch bei Abordnungen Härtefälle vermieden, Lösungen mindestens einvernehmlich vereinbart worden. Was die Abordnungen betrifft, wurde die grundsätzliche Ausrichtung ausdrücklich richtig gewählt: So wurde in den letzten Jahren nicht nur auf die Schaffung zusätzlicher Stellen gesetzt, sondern diese um temporäre Abordnungen an „bedürftigere“ Schulformen, insbesondere Grundschulen, ergänzt. Die „überversorgte“ Schulform Gymnasium wurde dabei nicht fahrlässig vergessen, sondern mit sogenannten Vorgriffstellen ausgestattet, die sowohl die derzeitige Unterversorgung anderer Schulformen abzumildern helfen als auch den durch die Wiedereinführung des Bildungsgangs G9 steigenden Personalbedarf der Gymnasien in den Blick nehmen. Die Gymnasien tragen damit schon jetzt ihren Teil zur Lösung der prekären Personalsituation bei: Sie ordnen im großen Stil ab und nehmen als Folge der Vorgriffstellen große schulorganisatorische Schwierigkeiten in Kauf.

Versetzungswünsche werden oft großzügig und arbeitnehmerfreundlich behandelt. Auch hier befinden sich Bezirksregierungen, Schulleitungen und Lehrkräfte in einem wertschätzenden und zielorientierten Dialog, der immer am Wohl der Lehrkraft ausgerichtet ist. Die ebenfalls im Antrag thematisierte Rückkehr aus Beurlaubung oder Elternzeit ist extrem arbeitnehmerfreundlich gestaltet; die Lehrkräfte halten in all diesen Fällen das Heft der Entscheidung fest in der Hand.

Die Forderung nach Stellen für Verwaltungsassistenten, vielleicht sogar Doppelspitzen mit einer administrativen Leitung zur Entlastung der pädagogischen, ist sicher nicht falsch, verkennt aber die Möglichkeiten der konkreten Umsetzung: So widerspricht zum Beispiel niemand mehr ernsthaft der Notwendigkeit der Beschäftigung von Sozialarbeitern und Schulpsychologen an allen Schulformen; der Fachkräftemangel ist jedoch auch auf diesem Sektor längst angekommen, so dass Stellen gar nicht mehr ausgeschrieben werden, weil ihre Besetzung aussichtslos erscheint. Wenn also Doppelspitzen etabliert werden sollen, so klingt das auf den ersten Blick verlockend. Die Frage, woher die dafür erforderlichen Fachkräfte kommen sollen, ist jedoch damit noch nicht beantwortet.

Der vorliegende Antrag der FDP sieht eine Beschlussfassung vor, die konstatiert, dass das Konzept der Landesregierung zur Sicherung der Unterrichtsversorgung Maßnahmen enthalte, die Lehrkräfte zusätzlich belasten. Anhand des oben skizzierten Praxisberichts lässt sich erkennen, dass dies nicht der Fall ist. Auch der jüngste Ansatz der Verringerung der Klassenarbeiten in der Sekundarstufe I geht in die richtige Richtung, lässt erkennen, dass das Problem erkannt wurde, bedeutet vorerst aber nur eine Oberflächenbehandlung, die Entlastung nur für einzelne Lehrkräfte mit sich bringt, aber noch nicht in die Breite, noch nicht in die Tiefe geht. Demnach gibt es weiterhin Nachholbedarf auf dem Gebiet der Versorgung mit Lehrkräften, das die FDP völlig zu Recht in den Blick nimmt.

Was wir brauchen, ist tatsächlich ein grundsätzliches Umsteuern:

- mehr Studienplätze bei weniger Zulassungsbeschränkung
- (noch) stärkere Betonung der Didaktik und des Praxisbezugs in der universitären Ausbildung
- dadurch deutliche Verringerung der Abbrecherquote
- eine Verdopplung der Anrechnungstunden, mit deren Hilfe die Schulleitungen vor Ort (!) dazu beitragen können, Be- und Entlastungen der Lehrkräfte zu steuern (nur so schwindet das unzumutbare Gefühl, immer alles zusätzlich bewältigen zu müssen)
- Intensivierung der Nachqualifizierung und berufsbegleitenden Qualifizierung von Seiteneinsteigenden
- Ausweitung der Möglichkeiten einer berufsbegleitenden Ausbildung für Seiteneinsteigende mit nur einem Fach in Mangelfächern (aber behutsam, da der Einsatz von „Einfachlern“ schulorganisatorisch nur schwer umsetzbar ist)
- flächendeckende Beschäftigung von Schulverwaltungsassistenten
- flächendeckende Etablierung von Schulsozialarbeit und Schulpsychologie: auch an den Gymnasien muss als Folge der zunehmenden Heterogenität Schulsozialarbeit/-psychologie endlich selbstverständlich und mit dem nötigen Personal versehen werden
- Beschäftigung von IT-Administratoren vor Ort, damit die derzeit damit befassten, aber eben vorrangig Mangelfächer (z. B. Informatik) unterrichtenden Lehrkräfte ihrer Kernaufgabe wieder verstärkt nachgehen können
- mehr Durchlässigkeit: von der Möglichkeit des Laufbahnwechsels, die in den letzten Jahren im Lehrereinstellungsverfahren stark eingeschränkt wurde, wieder in stärkerem Maße Gebrauch machen
- Schaffung eines zeitgemäßen, digitalisierten, gesundheitsfördernden Arbeitsplatzes für Lehrkräfte
- Entlastung der Schulleitungen durch Befreiung von Verwaltungs- und wesensfremden Aufgaben
- Übertragung des durch die Schulträger bereitgestellten Etats auf die Schulleitungen und Überführung des Budgets in deren Selbstverwaltung
- kritische Überprüfung der Lehrpläne mit dem Ziel einer Reduzierung der Vorgaben

- Verlässlichkeit über die Legislaturperiode hinaus
- Einführung von Langzeitarbeitskonten zur Steigerung der Attraktivität des Berufs und zur langfristigen Erhaltung von Motivation und Gesundheit, grundlegende Neudefinition der Lehrerbearbeitungszeit

Die Pandemie hat langjährige Versäumnisse der Bildungspolitik zum Vorschein gebracht. Viel zu lang wurden Schulen finanziell und personell unzureichend versorgt. Dass die Schulen dennoch herausragende Leistungen erbringen, liegt viel zu sehr immer noch an der Bereitschaft und am Engagement der Kolleginnen und Kollegen, nicht an der Qualität der politischen Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund wäre ich für jede Entwicklung dankbar, die dazu geeignet ist, den Lehrkräftemangel erfolgreich zu bekämpfen und Lehrerinnen und Lehrern Zeit zu verschaffen, um Schülerinnen und Schüler gezielt zu fördern. Der Lehrkräftemangel bleibt eine der größten Herausforderungen überhaupt, und insofern ist der Antrag hoffentlich ein wichtiger Anstoß, auf diesem Sektor weiterhin intensiv und dann endlich auch erfolgreich tätig zu sein.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Hopp, OStD
Schulleiter

